

Meine Heimat Brandenburg

**Beschlüsse des
31. Landesparteitags**

Beschluss Grenzkriminalität

1. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, sich weiter aktiv mit dem Thema Grenzkriminalität zu beschäftigen und sich dafür einzusetzen, dass der Deutsche Bundestag effektive Maßnahmen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Bandenkriminalität, Wohnungseinbruchsdiebstähle, KFZ-Diebstähle und sonstiger Delikte ergreift.
2. Die CDU-Landtagsfraktion Brandenburg wird aufgefordert, das Thema Grenzkriminalität, im Brandenburger Landtag weiterhin mit aller Kraft durch Anträge und Initiativen zu thematisieren und die Brandenburgische Landesregierung aufzufordern, die Landespolizei finanziell und personell so zu stützen, dass die Fallzahlen im Grenzgebiet nachhaltig sinken.

Beschluss Energieversorgung und Zukunftsperspektiven der Lausitz sichern

1. Die CDU Brandenburg setzt sich mit Nachdruck für die weitere Nutzung der Braunkohle als heimischen Energieträger und industriepolitisches Rückgrat in Südbrandenburg ein. Solange durch die Erneuerbaren Energien weder eine grundlastfähige noch bezahlbare Versorgung gesichert ist, leistet die Braunkohleverstromung einen unverzichtbaren Beitrag zur Versorgungssicherheit und Preisstabilität – jetzt und in Zukunft. Darüberhinaus sichert sie tausende qualifizierte und gut bezahlte Arbeitsplätze und schafft damit Planungssicherheit und einen auskömmlichen Lebensstandard für viele Menschen in der Region.
2. Damit die Lausitz auch in den nächsten Jahrzehnten eine starke Region mit Wohlstand, Wertschöpfung sowie Arbeits- und Ausbildungsplätzen bleibt, gilt es Maßnahmen, Ideen, Konzepte und Strategien in einem zukunftsfähigen „Lausitzplan“ zusammenzuführen. Eine frühzeitige und intensive Beteiligung der regionalen Akteure aus Politik und Verwaltung aber auch aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Soziales ist dabei eine unabdingbare Grundvoraussetzung. Hierfür steht insbesondere die Landesregierung Brandenburg in der Pflicht, die bisher aber keine Initiative erkennen lässt. Die unverantwortlichen, realitätsfernen Pläne des Bundesumweltministeriums zum Ende der Braunkohleverstromung im Rahmen des Entwurfes der Bundesregierung des Klimaschutzplans werden von der CDU Brandenburg mit Nachdruck zurückgewiesen.
3. Die Arbeits- und Lebensleistungen der Unternehmen und Beschäftigten im Lausitzer Revier verdienen eine ausdrückliche Wertschätzung. Die Missachtung von Eigentumsrechten oder der gewaltsamen Zutritt in abgeschlossene Unternehmensbereiche ist auf Schärfste zu verurteilen. Zerstörung und Ökoextremismus sind mit rechtsättlicher Konsequenz zu ahnden. Darüberhinaus ist eine politische Aufarbeitung notwendig, um Wiederholungen zu verhindern.

Beschluss Bergbausanierung und Bekämpfung von Bergbaufolgeschäden in der Lausitz konsequent fortführen – Finanzierung von Bund und Ländern langfristig sichern

Die CDU Brandenburg setzt sich auf allen Ebenen für die Fortführung der Bergbausanierung und die Bekämpfung von Bergbaufolgeschäden in der Lausitz ein. Insbesondere wird sich die CDU Brandenburg gegenüber Bundes- und Landesregierung intensiv für die Fortsetzung einer langfristigen und ausreichenden Finanzierung dieser Aufgaben engagieren.

Begründung:

Der Abbau der Braunkohle im Tagebaubetrieb war und ist mit schwerwiegenden Eingriffen in die gewachsene Lausitzer Landschaft verbunden. Die Folgen dieser Eingriffe, deren industriepolitische Notwendigkeit hier nicht in Zweifel gezogen werden soll, sind massiv und werden die Bergbauregionen und die gesamte Lausitz noch viele Jahre beeinträchtigen. Neben dem Verlust von Kultur- und Siedlungsräumen als unmittelbarer Bergbaufolge führt vor allem die Veränderung des natürlichen Wasserhaushaltes zu immer neuen Problemen. Diese beeinflussen inzwischen die Wasserqualität der Spree so nachhaltig, dass negative Folgen bis in den Großraum Berlin wahrnehmbar sind. Der Umstand, dass die Sicherung der Berliner Trinkwasserversorgung und die Qualität des Spreewassers in der Lausitz in so engem Zusammenhang stehen, macht deutlich, dass die nachhaltige Sanierung der Bergbaufolgelandschaften ebenso wie die sichere Energieversorgung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Besonders vor dem Hintergrund der touristischen Nutzung des Lausitzer Seenlandes und von schon realisierten Infrastrukturmaßnahmen im touristischen Bereich ist die kontinuierliche Fortschreibung der Sanierungsarbeiten dringend erforderlich. Die touristische Entwicklung der Region soll künftig ein noch wichtigeres Standbein der Lausitz sein. Die CDU Brandenburg steht insofern nicht nur für eine Energiepolitik mit Augenmaß, sondern auch zu der Verantwortung, die mit den Folgen energiepolitischer Entscheidungen einhergeht. Der Kohlestrom aus der Lausitz ist bis heute das wichtigste Fundament der ostdeutschen Energieversorgung. Eine Reduzierung der finanziellen Verantwortung für die Bergbaufolgeschäden auf die Landesebene ist daher unzulässig.

Beschluss Ehrlich bleiben, globale Probleme global lösen- einheimische Energieträger nicht durch fossile Brennstoffe aus dem Ausland ersetzen

Die CDU Brandenburg fordert gegenüber der Bundesregierung ein, dass einheimische fossile Energieträger nicht zugunsten importierter fossiler Energieträger aus dem Stromerzeugermarkt verdrängt werden. Das weitere Abschalten von Kraftwerken, die einheimische Energieträger zur Stromerzeugung nutzen, soll erst dann erfolgen, wenn diese Erzeugungskapazitäten verlässlich aus erneuerbarer Energie ersetzt werden können.

Begründung:

Die Verstromung der Braunkohle im Land Brandenburg wird durch die derzeitige Politik des Bundesumweltministeriums und des Bundeswirtschaftsministeriums gezielt unwirtschaftlich gemacht, um die Förderung im Tagebaubetrieb und die Energiegewinnung in den Braunkohlekraftwerken so schnell wie möglich zu beenden. Begründet wird dies mit der Fortführung der Energiewende und der notwendigen Absenkung des CO₂-Ausstoßes, zu der sich die Bundesrepublik Deutschland bei dem Klimagipfel in Paris 2015 verpflichtet hat.

Gleichzeitig sind jedoch folgende Tatsachen festzustellen:

1. Die aus Braunkohle erzeugte Elektroenergie kann nach dem derzeitigen Stand der Technologie nicht durch erneuerbare Energien ersetzt werden, ohne die verlässliche Stromversorgung in Deutschland zu gefährden.
2. Deshalb wird der Ersatz für den einheimischen Energieträger Braunkohle in Erdgas und in Steinkohle gesehen, die nach Deutschland importiert werden muss.
3. Die CO₂-Bilanz dieser Energieträger wird hierbei lediglich bei der Verbrennung in den deutschen Kraftwerken betrachtet. Die durch die Förderung und den Transport dieser Rohstoffe über viele tausend Kilometer entstehende Klimabeeinflussung bleibt unbeachtet.

Aus Sicht der CDU Brandenburg befinden sich das Wirtschafts- und das Umweltministerium auf einem Irrweg. Die globale Erwärmung wird nicht dadurch wirksam gestoppt, dass eine große Industrienation wie Deutschland einen Teil der für ihre Energieversorgung notwendigen CO₂-Emissionen ins Ausland verlagert. Das ist lediglich eine Bilanzbeschönigung für die zuständigen Minister und entspricht nicht dem Anspruch auf umwelttechnologische Führung, den Deutschland anstrebt.

Deutschland importiert derzeit circa 38 Prozent seines Erdgasbedarfs aus Russland. Mit einer schnellen Reduktion der deutschen Stromerzeugung aus Braunkohle wird sich der Bedarf an importiertem Erdgas weiter erhöhen.

Das einheitliche Gasversorgungssystem Russlands gehört dem staatlich kontrollierten Gasproduzenten Gazprom und umfasst 160.000 Kilometer Ferngasleitungen und 268 Verdichterstationen.

Die beiden Erdgasleitungen, über die Deutschland sein Erdgas aus Russland bezieht, sind Jamal-Europa (rund 4.200 km Länge) und Druschba (rund 5.400 km Länge). Bei den Gasleitungen handelt es sich hauptsächlich um Stahlpipelines mit Nennweiten von maximal 1.600 Millimeter, die mit einem Druck von bis zu 100 bar betrieben werden. Um diesen Druck aufrechtzuerhalten, ist alle 100 bis 200 km die Errichtung von Verdichterstationen nötig.

Methan ist der Hauptbestandteil von Erdgas (je nach Herkunft bis zu 98 Prozent) und stellt gleichzeitig ein besonders schädliches Treibhausgas dar. Gemäß dem 'Intergovernmental Panel on Climate Change' (IPCC) ist das Treibhauspotential von Methan 23-mal höher als das von Kohlenstoffdioxid. In der Folge reicht bereits eine Leckrate von etwa drei Prozent aus, damit die Energiegewinnung aus Erdgas ihren Klimavorteil gegenüber der Energiegewinnung aus Kohle verliert.

Wissenschaftliche Untersuchungen des amerikanischen Gassektors geben Emissionen im Umfang von 1,7 – 8,9 Prozent der Fördermenge an. Mit Blick auf den russischen Gassektor beläuft sich nach Aussage von Studien, die häufig in Kooperation mit Gazprom durchgeführt werden, der Emissionsumfang hingegen nur auf 0,6 bis 2,4 Prozent der geförderten und transportierten Menge.

Die Methoden zur Untersuchung der Emissionen im russischen Rohstoffsektor werden häufig von den im Rohstoffsektor tätigen Firmen selbst oder ihnen angegliederten Forschungsinstituten entworfen. In der Regel sind sie nicht für die Öffentlichkeit einsehbar und stützen sich zumeist auf Berechnungen und weniger auf durchgeführte Messungen. Des Weiteren können die Unternehmen frei zwischen einzelnen Methoden wählen, ohne dies kenntlich machen zu müssen. Daher ist es möglich, dass eine Verringerung der übermittelten Emissionswerte allein auf einen Wechsel der Methodik zurückzuführen ist.

Gazprom betrachtete im Jahr 2010 im Rahmen eigener Untersuchungen ausschließlich die individuell größten Emissionsquellen. Dementsprechend wurden Quellen, die erst zusammengekommen zu umfangreichen Emissionsmengen führen, ausgeklammert. Zu dieser Art von Emissionsquellen gehören unter anderem Druckluftvorrichtungen (Verdichterstationen) oder Verbindungsstellen zwischen einzelnen Geräten. Gerade diese werden von amerikanischen Unternehmen als größte Ursache für Methanemissionen in der amerikanischen Öl- und Gasindustrie angesehen und machen ein Drittel aller Emissionen im Bereich der Öl- und Gasproduktion, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung.

Demgemäß ist davon auszugehen, dass eine Steigerung des Erdgasimportes aus Russland oder aus anderen Ländern zur Sicherung der deutschen Energieerzeugung bei gleichzeitiger Abschaltung deutscher Braunkohlekraftwerke nicht zu einer Reduzierung der weltweiten CO₂-Emissionen beiträgt.